



3. Online-Fachtag des K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.

Krieg in der Ukraine und lokale Konflikte: Auswirkungen auf Kommunales Zusammenleben in Deutschland

Mittwoch, 9. Nov. 2022 von 09:00 bis 13:00

TAGUNGSBERICHT

Diese Projekte werden aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



STAATSMINISTERIUM
FÜR SOZIALES UND
VERBRAUCHERSCHUTZ



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg



Der Krieg in der Ukraine hat seit Anfang des Jahres weitgehende Auswirkungen auf das Leben in Deutschland. In den ersten Monaten nach Kriegsbeginn wurden bereits 870.000 Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland registriert. Binnen kürzester Zeit mussten in Kommunen bundesweit zusätzliche Unterstützungsstrukturen geschaffen werden, um Zugänge zu Sprach- und Integrationsangeboten, Wohnraum oder Kita- und Schulplätzen zu schaffen. Große Hilfsbereitschaft und privates Engagement helfen, diese Krise zu bewältigen. Die Bereitstellung dieser Notfallstrukturen bringt dennoch kommunale Strukturen an ihre Grenzen und geht nicht selten auf Kosten bereits in Deutschland lebender geflüchteter Menschen. Gleichzeitig haben sich seit der Einstellung der Gaslieferungen aus Russland die Energiepreise vervielfacht. Die allgemeine Preisinflation führt zu steigenden Lebenshaltungskosten für alle Menschen. Die soziale Schere und marginalisierte Gruppen drohen weiter ins Abseits zu geraten, während sich Unmut in Protesten abzeichnet, die auch von rechtsextremen Gruppierungen für ihre Mobilisierung genutzt werden.

Auf kommunaler Ebene werden gesellschaftliche Umbrüche, Konflikte und Herausforderungen besonders sicht- und spürbar. Städte, Gemeinden und Landkreise erleben politische und gesellschaftliche Veränderungen aus nächster Nähe. Sie sind der Ort, an dem gesamtgesellschaftliche Aufgaben bewältigt und politische Vorgaben umgesetzt werden. Sie sind gleichzeitig auch der Ort, an dem Demokratie erlebt und gestaltet wird. Gerade in komplexen Krisensituationen ist es Teil der Herausforderungen, Bürger*innen, Engagierte und Verantwortliche zusammenzubringen. Auch in gut funktionierenden kommunalen Strukturen gibt es für den Umgang mit Konflikten und Krisen oftmals keine einfachen Lösungswege, insbesondere, da dabei Teilhabe gewährleistet und unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse gehört und gesehen werden sollen. Jetzt und in Zukunft wird es daher immer stärker darum gehen müssen, Kommunen darin zu unterstützen, mit akuten Krisensituationen wie der aktuellen umzugehen. Wie kann das gelingen?

Im Rahmen des 3. Fachtags des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung am 09. November zum Thema „**Krieg in der Ukraine und lokale Konflikte: Auswirkungen auf Kommunales Zusammenleben in Deutschland**“ wurden diese Fragen mit Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und kommunalen Akteur*innen adressiert. Es gab die Gelegenheit, über Herausforderungen der vergangenen Monate in Austausch kommen und zu diskutieren, wie sich Kommunen vorbereiten und präventiv arbeiten können, aber auch, welche Möglichkeiten es gibt, bereits existierende Konflikte zu bearbeiten.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Fachtags finden Sie in diesem vorliegenden Tagungsbericht. Ein ganz herzlicher Dank gilt allen Mitwirkenden des Fachtags, die zu diesem anregenden und inspirierenden Austausch beigetragen haben.

Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Das Team des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.

Weitere Informationen über unsere Arbeit und unser Angebot finden Sie auf unserer Website unter: www.k3b-saw.de

PROGRAMM

08:45 Uhr	<i>Ankommen, Technik-Check</i>
09:00 Uhr	<p>Grußwort und Einstieg <i>Juliane Kleemann, Co-Landesvorsitzende SPD Sachsen-Anhalt und Sprecherin für Klima, Energie, Umwelt und Religionspolitik</i> <i>Dr. Ulrike Gatzemeier, Leitung K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung</i></p>
09:30 Uhr	<p>Eröffnungsvortrag Überblick über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Konflikte in deutschen Kommunen. <i>Prof. Dr. Beate Küpper, Professorin Hochschule Niederrhein und stellvertr. Leitung des SO.CON – Social.Concepts – Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit</i></p>
10:10 Uhr	<i>Pause</i>
10:25 Uhr	Arbeit in den Fachforen
11:25 Uhr	<i>Pause</i>
11:35 Uhr	Zusammenführung der Erkenntnisse aus den Fachforen
12:00 Uhr	<p>Podiumsdiskussion: Schlussfolgerungen und kommunale Strategien für das Handeln in zukünftigen Krisensituationen</p> <p>Diskutant*innen:</p> <p><i>Jan Riebe, Bildungsreferent bei der Amadeu Antonio Stiftung</i> <i>Marc Elxnat, Büroleiter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB)</i> <i>Inga Nehlsen, Projektleitung Kommunale Konfliktberatung des forumZFD</i> <i>Prof. Dr. Karim Fereidooni, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum</i></p>
12:50 Uhr	Abschluss

Moderation: Gerlinde Becker (Mitarbeiterin im K3B) und Anne Dirnstorfer (Konfliktberaterin des K3B)

GRÜßWORTE UND EINSTIEG

In ihrem Grußwort zu Beginn des Fachtags bezeichnete *Juliane Kleemann, Co-Landesvorsitzende der SPD Sachsen-Anhalt*, die aktuelle Situation um die Aufnahme von Geflüchteten als eine zweite "Brenn-glassituation" nach der Corona-Pandemie, durch die viele andere Probleme, wie der Ärztemangel im ländlichen Raum, der schwierigen Situation der Schulen, wo viele Lehrerinnen und Lehrer fehlen, steigende Energiepreise oder ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum scharf gestellt werden. Angebote wie Konfliktberatung und -moderation würden unterstützen, diese Herausforderungen anzunehmen und nicht zu Konfrontationsthemen werden zu lassen. Die Ansätze trügen dazu bei, diese Probleme menschenwürdig, demokratiestärkend und diskursiv miteinander zu klären.

Dr. Ulrike Gatzemeier, Leiterin des K3B, nannte in ihrem Grußwort das Schaffen von ebenenübergreifenden Räumen für Austausch wie in diesem Fachtag als wichtigen Teil der Arbeit des K3B. Hier können kommunal Engagierte, Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aktuelle Herausforderungen thematisieren sowie Möglichkeiten zum Umgang diskutieren. In der aktuellen Situation würden Themen nicht nur scharfgestellt, sondern auch deutlich, wie sie miteinander zusammenhängen. Ziel des Fachtags sei genau dies: Die unterschiedlichen Themenbereiche, die oft isoliert betrachtet werden, zusammen zu betrachten. Dabei soll auch geschaut werden, wo Handlungsspielräume sind, welche Ansätze insbesondere auf kommunaler Ebene möglich sind und ggf. schon umgesetzt werden.

ERÖFFNUNGSVORTRAG

Prof. Dr. Beate Küpper, Sozialpsychologin und stellvertretende Leitung des SO.CON-Instituts der Hochschule Niederrhein, eröffnete mit ihrem Vortrag mit dem Titel „Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Konflikte in deutschen Kommunen“ den Fachtag. In ihrem Input stellte sie heraus, auf welche Weise verschiedene Konflikte vielfach zusammenhängen und miteinander verwoben seien. So sei es wichtig, jeweils auf spezifische regionale Herausforderungen zu schauen, dabei aber den globalen Kontext, in denen lokale Ereignisse ihren Ursprung haben, als auch die Wechselwirkung zwischen diesen Ebenen nicht aus dem Blick zu lassen.

In der Forschung werden seit einiger Zeit sogenannte „Megatrends“ beobachtet. Dabei handele es sich um große globale Veränderungen und Entwicklungen, die nicht nur hierzulande zu spüren seien, sondern die weltweit zu beobachten seien: Darunter versteht man zum Beispiel die Globalisierung und mit ihr verbunden Migrations- und Fluchtbewegungen; Digitalisierung und damit einhergehende Unübersichtlichkeit und Schnelligkeit; der Klimawandel; oder der Krieg in der Ukraine und daraus resultierende gestiegene Energiepreise. Auch die Corona-Pandemie sei zwar kein Trend, habe aber dennoch weltweite Auswirkungen. Megatrends eröffnen zwar Möglichkeiten und Chancen, so Küpper, erzeugen aber auch Erwartungen und Gegenwehr. Wenn sich Veränderungen zuspitzen, würden diese tendenziell als Krisen wahrgenommen. Beate Küpper definiert eine Krise als etwas, worauf wir uns nicht ausreichend vorbereitet haben. Dabei seien Krisen nicht an Fakten festzumachen, sondern vor allem daran, wie wir empfinden und die Veränderungen interpretieren: als Chance oder als Bedrohung. Antidemokratische Phänomene gelten dabei als besonders virulent in Krisenzeiten, auf individueller wie auch kollektiver und gesamtgesellschaftlicher Ebene, da sie sich vielfach auf eine Verwurzelung in einer idealisierten und als heilsam dargestellten Vergangenheit berufen und somit Halt und Heilung suggerieren.

Beate Küpper verweist auf Studien, die darlegen, dass die Zustimmung zu Vielfalt und Gleichwertigkeit in einer Gesellschaft entscheidend davon abhängt, wie die eigene Sicherheit wahrgenommen wird,

wobei die wahrgenommene Sicherheit nicht mit der de facto-Sicherheit übereinstimmen muss. Sie stellt aber auch heraus, dass in den letzten Jahrzehnten in Deutschland viel gelernt wurde: Deutschland sei nicht nur zunehmend demokratisiert, sondern habe auch gelernt, mit Krisen umzugehen, insbesondere im Bereich der Migration und Integration. So seien während der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 rund 40% aller Menschen in Deutschland in der (ehrenamtlichen) Unterstützung geflüchteter Menschen involviert gewesen. Gerade in den neuen Bundesländern und insbesondere in Räumen, in denen es vorher nicht viel Zuwanderung gegeben hatte, habe sich die Stimmung in Bezug auf Migration messbar verbessert, wenn die Bevölkerung an Aufnahme- und Integrationsmaßnahmen beteiligt war. Beate Küpper resümiert also, dass wir in der Lage sind hinzuzulernen und Prozesse im Positiven mitzugestalten.

Gleichzeitig habe aber auch das Maß an Wut, Hass und Gewalt in den letzten Jahren – vor allem im Zuge der Corona-Pandemie – zugenommen. Zu Beginn der Pandemie etwa sei vermehrt die Abwertung, Distanz und Angriffe auf Menschen, die asiatisch gelesen werden, zu beobachten gewesen. Im Verlauf der letzten zwei Jahre habe es eine zunehmende Bedrohung und Hasstaten gegen Personen aus vulnerablen marginalisierten Gruppen gegeben, wie z.B. Geflüchtete, Juden und Jüdinnen, LSBTIQ*-Personen; Personen, die sich für Demokratie engagieren; oder grundsätzlich Personen, die dem „System“ zugeordnet werden, wie etwa Journalist*innen, Verwaltungsangestellte, Wissenschaftler*innen, Polizei, Feuerwehr, aber auch Lehrkräfte und Sanitäter*innen.

Interessant sei, dass viele der Täter*innen dabei zuvor nicht auffällig gewesen seien und häufig auch politisch nicht klar einem bestimmten Hintergrund zuzuordnen gewesen seien. Beate Küpper zitiert eine Studie der Zeitschrift *kommunal* im Auftrag des deutschen Städte- und Gemeindebundes aus dem Jahr 2021, die besagt, dass bereits 57% der Kommunalpolitiker*innen schon Bedrohung erlebt hätten, vor allem über soziale Medien, zum Teil aber auch im direkten Kontakt. Auch hierbei sei ein deutlicher Anstieg im Coronajahr 2020 zu beobachten gewesen. Auch Beschimpfung und Bedrohung in öffentlichen Verkehrsmitteln in Bezug auf das Maskentragen sei flächendeckend zu beobachten gewesen.

In letzter Zeit sei nun bei Protestbewegungen ein Zusammenwachsen der Inhalte zu erkennen. So gebe es bei Demonstrationen keine klare Trennung der Themen, gegen die protestiert wird, und es sei zu beobachten, dass diese teilweise von den gleichen Organisator*innen angemeldet würden, wie zum Beispiel schon PEGIDA. Auch wurden in den letzten Monaten vermehrt wieder Unterkünfte für Geflüchtete in Brand gesetzt. Man habe es hier einerseits mit einem gestiegenen Selbstbewusstsein der protestierenden Menschen zu tun, andererseits mit einem fehlenden bzw. missinterpretiertem Demokratieverständnis (mit teils gravierenden Konsequenzen). So bedeute die Forderung nach mehr Partizipation nicht automatisch, dass diese im demokratischen Sinne verstanden werde. Beate Küpper spricht hier von einem nationalen Chauvinismus, im Sinne von: „Unser Volk zuerst“. Diese völkisch-autoritär-rebellische Haltung zeichne sich durch Ambivalenzen aus: Das *völkische* Denken setze auf Einheit, schließe zugleich aber Aggression aus. Eine *autoritäre Haltung* beziehe sich auf Hörigkeit und den Wunsch und die Forderung nach einer Autorität, welche jedoch gerade nicht staatsautoritär sei, sondern *rebellisch* gegenüber festen Strukturen, staatlichen Institutionen und Vertretungen der parlamentarischen Demokratie. Seine Anhänger*innen gebärden, so Küpper, sich als „freie Radikale“ und beziehen daraus ihr Selbstbewusstsein. Dabei gebe es weltweit Menschen aus der extremen Rechten, die gezielt Hass und Botschaften über das Internet verbreiten und damit ein bestimmtes Wording schüren. Wenn von lokalen Konflikten gesprochen wird, sollte also stets mitbedacht werden, dass es Nebenschauplätze im Internet gibt. Umgekehrt kann aber vor Ort – in den Kommunen, in den Ländern – viel gegen eine solche Radikalisierung getan werden, indem Begegnungsräume geschaffen werden, zum Beispiel über Sportvereine und Kirchen, und so Alltagsfrieden in der Nachbarschaft hergestellt werden.

Bei der Prävention und Intervention sollte Küpper zufolge immer mitbedacht werden, dass Täter*innen und Betroffene eingebettet in Gruppen und Gesellschaft leben. Um Kommunen krisenfest zu machen, brauche es also zunächst den Schutz der direkt Betroffenen, die häufig marginalisierten Gruppen angehören und dementsprechend geringeren Rückhalt genießen. Sicherheit müsse für diese Menschen garantiert werden und es brauche kompetente Ansprechpersonen sowie technische und psychologische Beratungs- und Austauschangebote. Rückendeckung und Solidarität sollten als Problem der Institution verstanden und als solches behandelt werden. Gleichzeitig plädiert Küpper dafür, mutiger zu sein und Position zu beziehen. Die Forderung nach „Dialog“ und ein Neutralitätsgebot als Ausgangslage bedeuten dabei nicht, über alles zu reden und der Demokratie gegenüber neutral zu sein. Es sei essentiell, vorausschauend zu handeln, einen Krisenplan zu erstellen und ein Krisenmanagement zu etablieren, bevor die Krise da sei. Regelmäßige Runde Tische mit zentralen Akteur*innen aus Verwaltung, Sicherheitsorganen, Sozialer Arbeit und Migrant*innen-Selbstorganisation etc. seien dabei ein hilfreicher erster Schritt. Denn hier sammle sich bereits viel Expertise und Praxiserfahrung, aus der geschöpft werden kann. Vorhandene Expertise solle dabei abgeholt und eingebunden werden, zum Beispiel aus der Mobilen Beratung und den Partnerschaften für Demokratie. Zum Abschluss hält Beate Küpper fest, dass Krisen nicht nur Bedrohung bedeuten, sondern uns auch resilient machen. Die gute Nachricht: Krisenresilienz ist lernbar.

ARBEIT IN DEN FACHFOREN

Im Anschluss an den Eröffnungsvortrag setzten sich die Teilnehmenden in insgesamt sieben Fachforen mit ausgewählten Teilaspekten des Themas auseinander.

Im ersten Fachforum ging es um **Herausforderungen im Integrationsmanagement**. *Heike Wilhelm, Fachbereichsleitung Soziales der Stadt Syke*, machte am Beispiel der Stadt Syke deutlich, welche neuen Herausforderungen der Kriegsbeginn in der Ukraine im Bereich Integration mit sich bringt. Die Ankunft der Geflüchteten verlangte schnelles Handeln in zuvor nicht dagewesenen Formaten. Vor allem die fehlende Planbarkeit sei dabei herausfordernd. Eine weitere Herausforderung, die sich im Integrationsmanagement besonders deutlich zeigt, seien Sprachbarrieren. Das Stellen von bürokratischen Anträgen sowie das Schulwesen werden ebenfalls als Hürden erlebt. Erschwerend käme hinzu, dass in diesem Bereich oftmals an der Belastungsgrenze gearbeitet werde. Das ehrenamtliche Engagement in der Stadt Syke sei bemerkenswert und eine große Unterstützung in dieser Situation. Zugleich wurde aber auch deutlich, dass Ehrenamt immer auch Hauptamt brauche.

Als hilfreich im Umgang mit diesen Herausforderungen werde erlebt, wenn personelle und finanzielle Ressourcen für Sprachmittler*innen und Dolmetscher*innen zur Verfügung stehen. Gut sei es zudem, frühzeitig vorhandene Ressourcen bei den Geflüchteten zu identifizieren. Insgesamt wurde deutlich, dass grundlegende strukturelle Veränderungen nötig seien, um langfristige Strategien erarbeiten zu können.

Das zweite Fachforum mit *Ayman Qasarwa und Varsenik Minasyan vom Dachverband der Migrant*innenorganisationen Ostdeutschland (DaMOst)* trug den Titel: **Solidarität mit Allen? Zum ungleichen Umgang mit Geflüchteten aus Kriegsgebieten in Deutschland**.

Als These wurden dabei aufgestellt, dass Geflüchtete aus der Ukraine anders behandelt werden, als Geflüchtete, die 2015 nach Deutschland kamen. Dies betreffe sowohl die aufenthalts- und sozialrechtliche Situation, die deutlich vereinfachte Möglichkeiten für Bleiberecht und Leistungsbezug vorsehe, als auch die Ebene der allgemeinen Versorgung, etwa durch privilegierten Zugang zu Wohnung,

Sprachkurs und Verwaltungsterminen. Als zweite These wurde aufgestellt, dass nicht-weiß gelesene Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflüchtet sind, anders behandelt werden, als die Mehrheit, der als weiß gelesenen Ukrainer*innen, was sich nur teilweise vor dem Hintergrund verstehen lasse, dass Menschen, die in der Ukraine gelebt haben ohne ukrainische Staatsangehörige zu sein, eine schwierigere rechtliche Situation in Deutschland hätten. In diesen unterschiedlichen Behandlungsweisen bestehe ein enormes Konfliktpotential.

Im Fachforum wurden dazu mögliche Antworten auf kommunaler Ebene herausgearbeitet. Dazu zählt die aktive Einbindung von Migrant*innen(-selbstorganisationen). Essentiell sei es zudem, die Ressourcenausstattung für Geflüchtete, die nicht aus der Ukraine kommen, bewusst zu verbessern. Bedeutsam sei ein konfliktensibler Umgang mit dem Thema. Dazu gehöre zum Beispiel, keine Angebote, Wohnungen, Jobs etc. ausschließlich für Ukrainer*innen anzubieten, sondern gleichermaßen für alle Geflüchteten.

Das Thema des dritten Fachforums war die **Gasknappheit und beschleunigte Energiewende** mit *Dr. habil. Fritz Reusswig vom Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK)/Forschungsprojekt: Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende (DemoKon)*.

In diesem Fachforum wurden lokale klima- und energiepolitische Effekte des Kriegs in der Ukraine und des Klimawandels beleuchtet. Eingangs wurde betont, dass die Ergebnisse aus der Forschung zeigen, dass durch populistische Verschärfung (Narrative der Elitenkritik und Antipluralismus), diejenigen zurückgedrängt werden, die für einen Ausbau erneuerbarer Energie sind, aber nicht laut sind. Die Forschung misst, dass lokal oftmals eine Mehrheit für den Ausbau erneuerbarer Energie sei, aber die Wahrnehmung durch laute Gegenstimmen geprägt werde.

Die Auswirkungen seit Beginn des Krieges in der Ukraine aus Energiewende- und Klimaperspektive seien ambivalent, es handele sich um eine offene Situation. Akteure seien durch schnelle Veränderungen herausgefordert und ein geordneter Strukturwandel hin zu erneuerbaren Energien fände kaum statt. Es entstünden neue Pfadabhängigkeiten. Die Effekte der Rettungspakete der Bundesregierung seien noch nicht in Gänze abzusehen. Die rasanten Veränderungen erhöhten einen Resonanzraum für Thesen gegen die Energiewende. Es bleibe wichtig, die entstehenden Konfliktlinien zu beobachten.

Im vierten Fachforum ging es um **die Arbeit Kommunaler Krisenstäbe zur Energiekrise am Beispiel der Stadt Weißenfels**. *Maik Trauer, Fachbereichsleiter Bürgerdienste der Stadt Weißenfels* und Mitglied des Krisenstabs der Kommune zur Energiekrise berichtete, wie ein kommunaler Krisenstab den Herausforderungen begegnet.

Die Stadt Weißenfels ist seit Jahren mit Konflikten konfrontiert, die sich aus dem demografischen Wandel auf der einen Seite und einer überdurchschnittlichen Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern auf der anderen Seite ergeben. Die steigenden Energiepreise verstärken bestehende Konflikte und führen zu zusätzlichen Spannungen in der Stadtgesellschaft. Der Krisenstab bedient vorangestellt eher technische Themen. Es wurde die Frage aufgeworfen, was es für die bestehenden (Teil-)Konflikte bedeutet, wenn in der Krise Ressourcen gebündelt und neu verteilt werden. Es sei wichtig, dass diese dabei im Blick behalten werden. Um eine Nachhaltigkeit zu gewährleisten, müssen Wege der Kommunikation, die in Krisen häufig ausgebaut werden, auch verstetigt werden. Es wurde gefragt, wie es gelingen kann, Menschen auch klarzumachen, dass es nicht nur Möglichkeiten zur Beteiligung

gibt, sondern dass es auch eine Pflicht der Bürger*innen ist, sich zu beteiligen? Abschließend wurde allen Kommunen der Appell mitgegeben, sich ausreichend auf die Energiekrise vorzubereiten.

Das fünfte Fachforum **Engagement für Geflüchtete im Wandel - Herausforderungen, Konflikte und mögliche Lösungen?** beschäftigte sich mit neuen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine. *Theresa Uhr und Marina Seddig vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)* beleuchteten die private Unterbringung als eine neue Engagementform. Des Weiteren ging es um die Zusammenarbeit von Kommunen und Zivilgesellschaft. Es wurde die Frage gestellt, was aus vergangenen Krisen geblieben ist und wo neue Konflikte und Herausforderungen entstanden sind. Es ist deutlich geworden, dass bei der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft die Kommunikation essentiell ist. Dabei können Konflikte als Treiber von Wandel und Austausch wirken. Einer Anerkennung und Wertschätzung des Ehrenamtes wurde enorme Wichtigkeit zugemessen. Es sei wichtig, den (Unterschied im) Umgang mit „Neuen“ und „Alten“ Geflüchteten im Blick zu behalten.

Abschließend wurde betont, dass ein Stärken der Communities essentiell sei: Es sollte nicht nur „über“ sondern „mit“ den Betroffenen gesprochen werden.

Das sechste Fachforum trug den Titel: **Montag ist Bewegungstag. Verschwörungserzählungen und die Rolle der Kommunalverwaltungen im Umgang mit Protestbewegungen.** *Annette Flos, Konfliktberaterin des K3B* ging darauf ein, dass sich Woche für Woche in zahlreichen Städten – nicht nur im Osten Deutschlands – ein fluktuierendes Protestgeschehen beobachten lässt. Dabei handele es sich um ein besonderes Protestgeschehen, an dem sich auch bisher politisch kaum eingebundene Personen beteiligen und sich „Großerzählungen“ anschließen. Zentral ist dabei die Frage, welche Rolle dem Staat bzw. „staatlichen Akteuren“ (Beamten) im Umgang mit dem Protestgeschehen zukommt. Wie beziehen sich „staatliche Akteure“ auf die Proteste – und andersherum? Die Polizei sei die erste Ansprechstruktur. Die Protestierenden suchten einen Resonanzraum, den die Polizei nicht bieten könne. Daher stellt sich die Frage nach dem Bedarf und den Möglichkeiten, die Polizei im auf Dauer gestellten Protestgeschehen zu unterstützen.

Was sind zudem Rollen und Ansatzmöglichkeiten der kommunalen Verwaltung als lokaler staatlicher Struktur? Der Staat müsse sich in der Krise als (demokratischer) Staat zeigen und positionieren. Das gelte auch auf kommunaler Ebene. Es brauche eine Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und kommunalen Beamt*innen. Ein runder Tisch, der die Rolle staatlicher Akteure klärt und kreative Maßnahmen entwickelt sei auch angesichts der Megatrends extrem sinnvoll.

Im siebten Fachforum **Mit Dialog Krisen bewältigen - Erfahrungen des Kompetenzzentrums Krisen-Dialog-Zukunft** mit Dr. Cathleen Bochmann von Aktion Zivilcourage e. V. wurden die Erfahrungen mit Dialog vor dem Hintergrund des massiven Protestgeschehens in Kommunen im ländlichen Raum in Ostdeutschland beleuchtet.

Kommunen wollen auf die Protestlagen reagieren, tun dies aber ressourcenbedingt (z.B. aus Zeitmangel) meist eher reaktiv und stecken häufig in Reaktionsschleifen fest. Wichtig sei es aber, Kommunen wieder handlungsfähig zu machen, indem sie z.B. aktiv in die Umsetzung eines ausgewählten, gut vorbereiteten und zielgerichteten Dialogs kommen.

Zur aufgeworfenen Frage, mit wem eine Diskussion überhaupt geführt wird, stellte Frau Bochmann die Herangehensweise des Kompetenzzentrums Krisen-Dialog-Zukunft vor. Dabei werde bei

Dialogformaten bezüglich extremistischer und verfassungsfeindlicher Positionen weniger über Ausschlussklauseln gearbeitet, als diesen mit guter Vorbereitung (z.B. darüber, Veranstaltungen zwar öffentlich auszurichten, aber gezielt Gruppierungen mit Gegenpositionen einzuladen sowie Menschen mit „Sozialkapital“, die gezielt ihre Stimme bei bestimmten Themen erheben können) und moderativ (z.B. klar zu benennen und einzuordnen) zu begegnen und entgegenzuwirken.

PODIUMSDISKUSSION

Abschließend wurden in einer **Podiumsdiskussion** Schlussfolgerungen aus den bisherigen Impulsen gezogen und kommunale Strategien für das Handeln in zukünftigen Krisensituationen diskutiert.

Marc Elxnat, Referatsleiter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, stellte fest, dass in Fragen zum Thema Integrationsmanagement durch die vergangenen Krisen leider wenig gelernt worden sei. Insbesondere auf operativer Ebene sei zu erleben, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen eher schleppend funktioniere. Probleme würden dabei häufig nach unten weitergeben, sodass letztlich auf kommunaler Ebene Lösungen dafür gefunden werden müssten. Mehr Geld alleine könne diese Probleme aber nicht beseitigen. Vielmehr bräuchte es eine verbesserte Kommunikation um eine gute Zusammenarbeit zu gewährleisten und beispielsweise eine Potentialanalyse von Geflüchteten, die bereits auf Bundesebene stattfinden müsste, um Kommunen zu entlasten. Er sieht unterschiedliche Wahrnehmungen und Handlungslogiken und schlägt einen Perspektivwechsel vor – z.B. durch Hospitationen von Entscheidungsträger*innen aus Bund/Land in Kommunen. Des Weiteren spricht er sich für eine ehrliche Kommunikation gegenüber den Bürger*innen aus.

Jan Riebe, Bildungsreferent bei der Amadeu Antonio Stiftung, betonte, dass die kommunale Ebene sehr wichtig für die extreme Rechte sei, um hier beispielsweise auf Demonstrationen Parolen auszuprobieren, die dann später auf Bundesebene genutzt würden. Auch würden sich in den Kommunen Bündnisse von AfD mit demokratischen Parteien bilden, die auf der Bundesebene noch nicht denkbar wären. Im Laufe der Corona-Pandemie habe das Vertrauen der Bevölkerung in die Bundesregierung stark abgenommen und es sei eine Übertragung auf Kommunalpolitik zu beobachten, auch wenn die Entscheidungsbefugnisse hier begrenzt seien. Ein Blick in die Kommunen sei also sehr wichtig für Rechtsextremismusprävention. Er spricht sich für regelmäßig stattfindende runde Tische mit verschiedenen Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft aus. Seiner Ansicht nach ist es wichtig, dass in den Kommunen eine mit Inhalten gefüllte Positionierung gegen Rechtsextremismus stattfindet. Zudem wäre ein stärkerer Wissenstransfer zwischen den Kommunen wünschenswert.

Prof. Dr. Karim Fereidooni, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum, sieht als einen Ansatzpunkt für Kommunen im Umgang mit geflüchteten Menschen unter anderem eine Schulung der Polizei zum Umgang mit psychisch belasteten Menschen, um tödliche Zusammenstöße zu minimieren. Einen weiteren wichtigen Ansatz für eine Gleichbehandlung aller sieht er in einer kriteriengeleiteten Schulformempfehlung, was aktuell noch nicht der Fall sei. Es gebe Hinweise dazu, dass es eine unterschiedliche Behandlung zwischen ukrainischen Geflüchteten und Geflüchteten aus anderen Ländern gebe. Dabei spiele ein Stück weit sicherlich Rassismus eine Rolle, vor allem aber auch bürokratische Hürden. Zum Beispiel schreite das Anerkennen von ukrainischen Lehrkräften deutlich schneller voran, als in anderen Fällen. Aus vergangenen Krisen sei zwar etwas gelernt worden, aber es mache auch einen Unterschied, woher die Menschen zu uns kommen. Er empfiehlt, die Mehrsprachigkeit von Lehrkräften besser zu integrieren und appelliert an Kommunen, stärker mit Wissenschaft zusammenzuarbeiten, um Ungleichheit sichtbar und somit besser bekämpfbar zu machen.

Inga Nehlsen, Projektleitung Kommunale Konfliktberatung des forumZFD, betont, dass es im Zusammenhang mit (Integrations-)Konflikten ausschlaggebend sei, diese zunächst einmal als solche anzuerkennen. Sie wirft die Frage auf, was mit „Integrationskonflikt“ gemeint sei: Zusammenstöße zwischen Geflüchteten und „Alteingesessenen“, Situationen, in denen ein Konflikt eskaliert ist, oder Konflikte, die in einer Gesellschaft immer vorhanden seien? Sie verweist auf die These von Aladin El-Mafaalani, die besagt, dass Konflikte ein Zeichen für funktionierende Integration seien, als ein Ausdruck widerstrebender Interessen und Bedürfnisse, die da sind und per se nichts Negatives seien. Wenn es aber zu manifesten Auswirkungen wie Gewaltausschreitungen und Protesten komme, sei es gar nicht so leicht, nicht in schnelle Lösungen zu verfallen, sondern die Konflikte nachhaltig zu bearbeiten. Hierfür brauche es die notwendige Zeit, das Verständnis und die Bereitschaft. Konfliktbearbeitung werde noch nicht als Kernaufgabe der Kommunen angesehen, daher brauche es die Rückendeckung von oben sich diesem Thema nicht erst zu widmen, wenn die Krise vorbei sei.

Von Sophia Matschinsky, Gerlinde Becker und Lena Heuer